

Inland

01-Hauptblatt

Das Gewissen als Richtschnur

Eine Studie zur Ethik in der Politik fördert interessante, aber auch zwiespältige Erkenntnisse zutage

Politikerinnen und Politiker sehen sich als ethisch handelnde Menschen. Sie vertrauen vor allem dem eigenen Gewissen. In ihrer Wahrnehmung wird die Schweizer Politik aber von Gruppeninteressen dominiert.

stefan hotz/zürich

Weiss die Politik nicht mehr weiter, wird eine Ethikkommission ins Leben gerufen. Um Ethik (griechisch: Wohnort des Guten) geht es häufig in Bereichen, wo Menschen keine direkten Eigeninteressen haben: Beispielsweise im Umwelt- und im Tierschutz, oder in hoch komplexen Gebieten wie der Gentechnologie. Ethische Gesichtspunkte sind auch immer dann wichtig, wenn es um Fragen geht, die zwar heute entschieden werden, deren Folgen aber nachfolgende Generationen betreffen.

Kurz: Ethik spielt in der Politik häufig eine wichtige Rolle. Das von Jesuiten gegründete Lasalle-Institut wollte es genauer wissen und hat Schweizer Politikerinnen und Politiker zu diesem Thema befragt.

Ethik ist Privatsache

Ein Ergebnis fiel überaus deutlich aus: Ethik ist heute eine individuelle Angelegenheit. Man folgt, vermutlich anders als früher, keiner Richtschnur einer externen Instanz. Auf die Frage, was sie unter Ethik verstehen, antworteten fast 60 Prozent aller Befragten, sie würden dem eigenen Gewissen folgen. Nur für 12 Prozent bedeutet es, nach religiösen Grundsätzen zu handeln.

Auch bei der Frage nach der Orientierung bei konkreten Entscheiden berufen sich fast hundert Prozent auf das eigene Gewissen und das Gemeinwohl. Weltanschauung, die Interessen der Wählerschaft oder Parteibeschlüsse sind deutlich weniger wichtig.

Nun ist das eigene Gewissen biegsam, wie Niklaus Brantschen, vor elf Jahren Mitbegründer des Lasalle-Instituts, bei der Vorstellung der Studie sagte. Niemand könne heute noch erwarten, die Kirchen würden für Ethik sorgen. Notwendig sei, so Brantschen, ein spirituell-politischer Ansatz.

Starke Partikularinteressen

Auffällig ist in den Umfrageergebnissen, dass der eigenen Überzeugung, nach ethischen Grundsätzen zu handeln, eine pessimistische Wahrnehmung der politischen Realität gegenübersteht, die von Grabenkriegen und Hahnenkämpfen geprägt ist. Eine klare Mehrheit der Befragten ist der Auffassung, die Schweizer Politik sei von Gruppeninteressen dominiert und nicht am Gemeinwohl orientiert.

Das mag auch mit methodischen Problemen der Studie zusammenhängen. Insgesamt wurden über 3000 Personen – Parlamentarier von Bund und Kantonen, alle Kantonsregierungen sowie Exekutiv- und Parlamentsmitglieder von fünf ausgewählten Städten – per E-Mail angeschrieben. Die Rücklaufquote betrug freilich nur 25 Prozent. Dabei zeigte sich, dass ein überdurchschnittlich hoher Anteil von SP-Mitgliedern und Grünen an der Umfrage teilnahmen. Bei der SVP war die Neigung, die Fragen zu beantworten, deutlich geringer. In der Studie ist somit das linke Parteienspektrum übervertreten.

Auch mit dieser Einschränkung ist die Interpretation der Ergebnisse teilweise schwierig. Fast 60 Prozent der Befragten sind der Meinung, die Asylpolitik sei unterdurchschnittlich von ethischen Überlegungen geleitet. Von der Minderheit, die der Meinung ist, der Einfluss ethischer Überlegungen sei in der Asylpolitik «sehr stark», findet das ein Teil erfreulich, weil es den hohen Stellenwert der humanitären Tradition in der Schweiz aufzeige. Der Rest der Gruppe hält das für negativ, weil die Schweiz zu freizügig sei. Die Resultate lassen in dieser Frage also keine eindeutigen Aussagen zu.

Andererseits liefert die Untersuchung aber auch klare Resultate: Neun von zehn Befragten befürworten im Flüchtlingswesen primär Verbesserungen der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern. Dazu zählen Entwicklungsförderung, Menschenrechte und friedensfördernde Massnahmen. Politikerinnen halten diese Massnahmen für dringlicher als ihre männlichen Kollegen. Die SVP ist gemäss Umfrage die einzige Partei, in der die innere Sicherheit höher gewichtet wird als die Einhaltung der Menschenrechte.

Schwierige Zusammenarbeit

Die in einem Buch zusammen mit mehreren Aufsätzen publizierten Ergebnisse stiessen gestern bei der Präsentation im botanischen Garten in Zürich auf Widerspruch. Der Zwang, zugunsten der Fraktionsmehrheit oder einer geschlossenen Parteimeinung die eigene Haltung zu verbergen, sei nun einmal nicht zu unterschätzen, warf eine Zürcher Kantonsrätin ein.

Als «spannungsvoll» hat sich die Zusammenarbeit zwischen dem nach Zen-Grundsätzen arbeitenden Lasalle-Institut und den beteiligten Soziologen von der Universität Zürich erwiesen. Der dort tätige Assistent Hanno Scholz sagte, die Resultate «werfen ein Schlaglicht auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Kompetenz».

«Verantwortung für die Erde»

Das Team des Lasalle-Instituts will jedoch nicht nur abbilden, sondern einen Prozess in Gang setzen und die Ethik in der Politik fördern. Die Studie stelle den Politikern nicht nur ein schlechtes Zeugnis aus, meinte Anna Gamma, Psychologin und Zen-Leiterin. Erfreulich sei, dass 60 Prozent der Befragten nicht nur dem eigenen Gewissen folgen, sondern ebenso «Verantwortung für Erde und Kosmos mittragen» wollen. Für ermutigend erachtet sie den Umstand, dass eine klare Mehrheit die Förderung der Ethik im Bildungswesen verlangt und die meisten willens sind, sich in ethischen Fragen weiterzubilden.